

Interview mit Abu Sharif (PFLP)

„Die BRD schert sich einen Dreck um die Genfer Konvention“

Die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) ist eine der sogenannten radikalen Parteien der PLO, aus dem marxistisch-leninistischen Flügel der Befreiungsbewegung.

Vor Jahren wurde der PFLP nachgesagt, daß sie sowohl mit der Japanischen Roten Armee als auch mit der Rote Armee Fraktion (RAF) zusammenarbeitet, ihre Kombattanten und Kommandos austausche, gemeinsam Aktionen plane, Logistik und Ausbildung für alle Kräfte zur Verfügung stelle, die „weltweit den Krieg gegen den imperialistischen Krieg“ aufgenommen haben.

Ende der 70er Jahre beschloß die Organisation allerdings, den bewaffneten Kampf auf Israel und die besetzten Gebiete zu konzentrieren und keine Terroraktionen wie Flugzeugentführungen mehr durchzuführen. Im Gespräch mit der taz bezog der Sprecher der PFLP, Bassam Abu Sharif, Position zum Hungerstreik der „Gefangenen aus RAF und Widerstand“.

taz: Die Gefängnisse in Israel sind für Folter berüchtigt, bekannt ist auch, daß dort immer wieder Gefangene in Hungerstreik getreten sind. Folter und Hungerstreik gibt es aber auch in den USA und in der BRD.

Abu Sharif: Auch aus den USA wurden jüngst wieder Berichte über Folter und Isolation von Gefangenen bekannt, und in der BRD sind Gefangene wegen der extrem menschenunwürdigen Haftbedingungen im Hungerstreik.

Sie sprechen über menschenunwürdige Haftbedingungen — ihre Parteinahme für die Gefangenen hat also humanitäre Gründe?

Nein, das ist nicht eine rein humanitäre Sympathie, sondern Solidarität. Solidarität mit Menschen, die mit uns in einer Front für sozialen Frieden weltweit stehen, gegen die gleichen Feinde kämpfen.

Feinde — sprechen sie von den israelischen Besatzern?

Nein, jetzt meine ich die dunklen Kräfte, die foltern, in israelischen Gefängnissen oder in Berliner Gefängnissen, wo sie gerade vor einem knappen Jahr ausländische Arbeiter verbrennen ließen.

Sie wissen, daß die hungerstreikenden Gefangenen in der BRD fordern, nach den Genfer Konventionen als Kriegsgefangene anerkannt und diesen entsprechend behandelt zu werden.

Damit haben wir jahrelange Erfahrungen gemacht. Wir haben die Anerkennung als Kriegsgefangene entsprechend den Genfer Konventionen auch für unsere Gefangenen gefordert. Um ganz ehrlich zu sein: mittlerweile haben wir eine andere Überzeugung. In Südafrika z.B. werden nicht nur die Genfer Konventionen nicht beachtet. Wer kümmert sich in Israel um die Genfer Konventionen? Wer kümmert sich um die Resolutionen der Vereinten Nationen? Und die Bundesregierung? Warum sollte sie sich den Genfer Konventionen unterwerfen, wenn sie nicht

einmal elementare Menschenrechte berücksichtigt? Was die Gefangenen im Hungerstreik fordern, sind minimale Rechte. Wir sollten das Maximum fordern, wir sollten den politischen Kampf gegen jegliche Folter führen, einschließlich der Isolationsfolter, der die Gefangenen in der BRD ausgesetzt sind.

Sie betrachten also die Gefangenen aus der RAF als Kriegsgefangene?

Es geht nicht darum, die Bundesregierung aufzufordern, die Genfer Konventionen anzuwenden. Darum schert sie sich einen Dreck. Der einzige Weg, Regierungen wie die ihre zu akzeptablen Formen zu bringen, ist: der Bevölkerung klar zu machen, daß sie ihre Augen nicht schließen dürfen. Wer weiß, zu welchen Maßnahmen eine Regierung fähig ist, die politische Gefangene foltert.

In den letzten Tagen hat es im europäischen Ausland Anschläge z.B. auf Einrichtungen der NATO gegeben. In Bekennerbriefen kam zum Ausdruck, daß diese Aktionen unterstützende Maßnahme für den Hungerstreik der bundesdeutschen Gefangenen sein sollen.

Ob es nun die NATO ist, oder Institutionen der USA, wer heute unterdrückt, ausbeutet oder foltert, der sollte nicht erwarten, daß Menschen ruhig sitzen bleiben und zusehen, wenn ihre Kinder getötet, ihre Väter gefoltert werden.

Mit Bassam Abu Sharif sprach Petra Groll.